wA21 Erkundungs- und Abbauarbeiten im Erlaubnisfeld "Unterweser I" verhindern

Gremium:	OV Lilienthal/ OV Grasberg
Beschlussdatum:	09.04.2026
Tagesordnungspunkt:	6. Weitere Anträge

Antragstext

Beschlussvorschlag
Die LDK möge beschließen:
1. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen lehnt die geplante Aufsuchung von Erdgasvorkommen im Erlaubnisfeld „Unterweser I“ in den Landkreisen Landkreis Osterholz, Landkreis Rotenburg (Wümme) und Landkreis Verden entschieden ab.
2. Die grüne Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert, sich gegenüber dem
zuständigen Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) dafür einzusetzen, dass im
Erlaubnisfeld „Unterweser I“ ausfindig gemachte Lagerstätten nicht die Bewilligung zur
Aufsuchung von Kohlenwasserstoffen (Bewilligungsfeld) erteilt wird.
3. Sollte eine Erlaubnis dennoch erteilt werden, sind sämtliche weiteren Genehmigungsschritte
(insbesondere seismische Untersuchungen und Probebohrungen) konsequent zu verhindern.
4. Die Partei solidarisiert sich mit zivilgesellschaftlichem Engagement vor Ort, insbesondere mit
Initiativen wie No Moor Gas.
5. Die Landespartei setzt sich dafür ein, dass Niedersachsen seine Energiepolitik konsequent auf
erneuerbare Energien ausrichtet und keine neuen fossilen Abhängigkeiten schafft.

Begründung

Begründung

Das Energieunternehmen Vermilion Energy plant über seine deutsche Tochter, die Vermilion Energy Germany GmbH & Co. KG, die Erkundung möglicher Erdgasvorkommen im sogenannten Erlaubnisfeld „Unterweser I“. Das Gebiet umfasst weite Teile der Landkreise Osterholz, Rotenburg (Wümme) und Verden und liegt in unmittelbarer Nähe sensibler Moor- und Naturräume sowie dicht besiedelter Regionen.
Zwar handelt es sich formal zunächst nur um eine Aufsuchungserlaubnis (https://www.lbeg.niedersachsen.de/aktuelles/pressemitteilungen/aufsuchung-von-kohlenwasserstoffen-in-niedersachsen-wird-ausgeweitet-lbeg-teilt-drei-erlaubnisfelder-zu-249928.html), doch erfahrungsgemäß sind solche Verfahren der erste Schritt hin zu konkreten Förderprojekten.

Die geplanten Aktivitäten stehen im klaren Widerspruch zu den Klimazielen Deutschlands und Niedersachsens sowie zum
Selbstverständnis von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Klimaschutzpartei.
Die Erschließung neuer fossiler Energiequellen ist mit dem Ziel der Klimaneutralität unvereinbar. Stattdessen müssen alle politischen und wirtschaftlichen Ressourcen auf den Ausbau erneuerbarer Energien und die Reduktion des Energieverbrauchs konzentriert werden.

Darüber hinaus bestehen erhebliche Risiken für Umwelt und Bevölkerung:

- mögliche Verunreinigungen von Grundwasser und Böden
- Gesundheitsrisiken für Anwohner*innen
- potenzielle seismische Aktivitäten (Erdbeben)
- Beeinträchtigung sensibler Moor- und Naturlandschaften.

Nicht zuletzt zeigt die Vergangenheit, dass wirtschaftliche Erfolgsaussichten unsicher sind: Das Unternehmen Wintershall Dea (heute Harbour Energy) hatte das Erlaubnisfeld „Unterweser“ bereits 2020 zurückgegeben, da die Wahrscheinlichkeit wirtschaftlich nutzbarer Funde als gering eingeschätzt wurde.
Die erneute Initiative eines anderen Unternehmens verdeutlicht, dass ohne klare politische Leitplanken weiterhin versucht wird, fossile Projekte voranzutreiben. Selbst dort, wo sie ökologisch riskant und ökonomisch fragwürdig sind.

Gleichzeitig formiert sich vor Ort erneut breiter Widerstand. Die Sorgen der Bürger*innen und Initiativen wie "NoMoorGas" sind ernst zu nehmen und politisch zu unterstützen.

Fazit
Die geplanten Erdgaserkundungen im Gebiet „Unterweser I“ sind klimapolitisch rückwärtsgewandt, ökologisch riskant und energiepolitisch unnötig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen muss hier klar Position beziehen und sich entschieden gegen neue fossile Projekte stellen.